Kreisverband Starnberg

V.i.S.d.P. Kerstin Täubner-Benicke
Am Mühleich 2
82319 Starnberg
Tel. 0151 12673730

PM zur Veranstaltung: So geht Gerechtigkeit am 28.06.16 in Inning

Die Kreisverbände Landsberg und Starnberg von B90/Die Grünen haben Udo Philipp als Kommissionsmitglied der Bundesgrünen eingeladen um die Themen Steuern, Vermögen, Rente zu beleuchten.

Schwerpunkt war dabei die grüne Vision für eine lebenswerte Rente. Udo Philipp führte aus, dass kaum ein Industrieland ein so schlecht bewertetes Rentensystem wie die Bundesrepublik hat. In der OECD sind niedrige Renten um 73% höher als in Deutschland. In Deutschland muss man 45 Jahre lang mehr als 1.800 Euro verdienen, um im Alter der Sozialhilfe zu entkommen. Selbständige sind nur in Deutschland nicht abgesichert. Fast zwei Drittel aller Frauen werden eine Rente unter 700 Euro beziehen.
Seine Forderung war: Eine Gesellschaft sollte nicht zulassen, dass Menschen ihr Leben lang arbeiten und im Alter mit Sozialhilfe abgefunden werden. Und das, obwohl sie vorher fast ein Fünftel ihres kargen Einkommens in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen mussten. Wenn sie ein wenig gespart haben, wird die Altersvorsorge auf die Grundsicherung angerechnet. Was bedeutet, dass private Ersparnisse im Alter konfisziert werden. Doch selbst mit 20% mehr Rente löst man das Problem der Altersarmut nicht. Wer heute 45 Jahre lang ohne Unterbrechung arbeitet und nur Mindestlohn verdient, hat eine Nettorente von knapp 520 Euro. Das Niveau der Grundsicherung im Alter liegt aber bei etwa 750 Euro. Das Rentenniveau müsste also um mehr als 40% angehoben werden, damit auch Menschen im Niedriglohnsektor nach 45 Jahren Vollzeitarbeit nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind.
Alle Zahlen basieren auf dem heutigen Rentenniveau. Das allgemeine Rentenniveau anzuheben ist aber nicht nur uferlos teuer, sondern auch ungerecht. Sozialabgaben zahlt man ab dem ersten Euro, auch wenn der Lohn kaum zum Leben reicht. Die Beitragsbemessungsgrenze führt dazu, dass die Belastung kleiner und mittlerer Einkommen von 40 auf 60% ansteigt und für hohe Einkommen wieder auf 42% abfällt. Udo Philipp kritisierte, dass vor allem Geringverdiener und die Mittelschicht zur Kasse gebeten werden.

Die Grünen wollen gezielt etwas für Geringverdiener tun. Anstelle von Almosen im Alter fordern sie eine echte, lebenswerte Rente. Sie soll höher als die Grundsicherung sein und ohne Bedürftigkeitsprüfung bezogen werden. Alle Menschen, die den größten Teil des Lebens gearbeitet, Kinder erzogen, Angehörigen gepflegt haben oder sonstige Rentenansprüche erworben haben, sollten diese Garantierente bekommen. Die grüne Kommission fordert dabei, dass die künftigen Rentner nicht nachweisen müssen, dass sie arm sind. Sie könnten ihre private und betriebliche Altersvorsorge genauso selbstverständlich behalten, wie jeder andere Rentner auch. Und genau wie bei jedem anderen Rentner führen höhere Beiträge in die Rentenversicherung auch zu einer höheren Garantierente. Es soll nicht so sein wie in der Grundsicherung, wo es keinen Unterschied macht, ob man 30 Jahre ein paar Stunden in der Woche gearbeitet hat oder 45 Jahre Vollzeit.

Fazit des Abends war: eine solche Reform ist nicht billig. Sie kostet etwa 10 Milliarden Euro bei derzeit 280 Milliarden Euro Rentenkosten. Im Gegensatz zu einer generellen Niveauanhebung sei das aber finanzierbar.

Auf dem Foto von l.n.r. Udo Philipp, Kerstin Täubner-Benicke, Barbara Wanzke